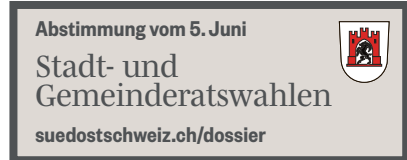


Sie will neue Perspektiven in die Churer Politik bringen

Salome Mathys kandidiert für einen Sitz im Churer Stadtrat. Die gebürtige Bernerin und Co-Präsidentin der Jungen GLP Schweiz befasst sich politisch wie beruflich mit Migrationsthemen. Für Chur wünscht sich die reiselustige 31-Jährige mehr Begegnungszonen, weniger Vorschriften – und vielleicht dereinst einen See.

von Gion-Mattias Durband

Nun sei sie angekommen, sagt Salome Mathys. Angekommen in Chur, wo sie seit vergangenem Sommer angemeldet ist, wo sie mit ihrem langjährigen Freund wohnt. Wo sie auch gerne Stadträtin wäre. Oder allenfalls Gemeinderätin. Hier sei nun alles zusammengekommen, was sie brauche, erzählt sie im Lokal «Cafézeit». Chur ist die jüngste von vielen Stationen, die Salome Mathys durchlaufen hat. «Ich lebe mich rasch ein und fühle mich schnell wohl», sagt die 31-Jährige denn auch.



Etwas, was gut zu ihrer bereits in frühen Jahren bewegten Biografie passt. «Ausser in der Primarschule war ich in keiner Klasse bis zum Schluss dabei.» Diese besuchte sie in Rubigen im Kanton Bern, eine gute Bootsstunde Aare-aufwärts der Bundeshauptstadt. Die Oberstufe für zwei Jahre in Münsingen, dann der Wechsel an die Kantonschule, dann Kanada, zuletzt eine Schweizerische Schule in Milano, die Matura legt sie notabene in Chur ab.

«Reiz des Neuen»: um die Welt

Auch während des Studiums in Zürich ist alles in Bewegung. Die frische Studentin will eigentlich in die Diplomatie – «ich wollte ins Ausland, der Wechsel alle vier Jahre». Anderer Leute Positionen zu vertreten sei ihre Sache aber nicht, habe sie bald herausgefunden. «Ich vertrete lieber meine eigene Meinung.» Sie studiert Politikwissenschaft, Völker- und Staatsrechts, «Hauptsache Abschluss.»

Sie sei ohnehin nie wirklich «die Studentin» gewesen, «ich habe immer lieber gearbeitet.» Als Hilfelektikerin etwa, oder am Flughafen, wo sie beim Sicherheitsdienst die Flugzeuge durchsuchte. «Ich kenne auch die einfachen Menschen und deren Sorgen», sagt Mathys. Aber auch Einblicke in die Teamführung nimmt sie aus dieser Zeit mit: Als 21-Jährige wird sie am Flughafen mit der Leitung von einem



Wo sie gern die Abendsonne geniesst: In Chur sei sie nach vielen Lebensstationen nun «angekommen», sagt Salome Mathys – hier vor ihrem Churer Lieblingslokal. Bild Yanik Bürkli

Dutzend Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes betraut.

«Der Reiz des Neuen» treibt sie in die Welt hinaus: drei Monate Kolumbien – «weil da sonst keiner hin ist» –, drei Monate Argentinien, abermals

«Für KMU müssen die administrativen Hürden abgebaut werden – nicht nur für die Grossen.»

Salome Mathys
Ressortleiterin Unterbringung und Betreuung beim Migrationsamt

Kolumbien – sie schreibt die Lizenziationsarbeit über Kinderarbeit im Land –, drei Monate Südafrika. Vor Südafrika lernt sie «ihren Bündner» kennen, ihm sollte sie später nach Chur folgen.

Was würde man von ihren Freunden über sie hören? «Sie braucht am Morgen zwei Kaffee», sagt sie und lacht. Das war es dann aber mit der Muse. «Es muss immer etwas gehen.» Sie ist umtriebiger, «kann kaum zwei Stunden zu Hause sitzen und nichts tun». So liest sich auch ihr Lebenslauf. Nebst dem Studium leitet sie eine Jugendarbeit-Fachstelle, absolviert ein Praktikum beim Staatssekretariat für Migration, im Vorfeld der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative arbeitet sie für Economiesuisse.

Zur Person

Salome Mathys

Partei: GLP

Alter: 31

Zivilstand: ledig

Kinder: keine

Beruf: Ressortleiterin Unterbringung und Betreuung beim kantonalen Migrationsamt

Wichtigste Ämter: Co-Präsidentin der Jungen Grünliberalen Schweiz sowie der Grünliberalen der Stadt Chur

Lieblingssort: Vor der Apéro-Bar «Punctum», «einer der schönsten Orte in Chur, um in der Abendsonne ein gutes Glas Rotwein zu trinken»

Migrationsthemen sind ihr, deren Grossvater im Krieg aus Italien desertierte, seit jeher nah. Näher als Energiethemen, sagt die GLP-Politikerin, die derzeit das Ressort Unterbringung und Betreuung beim kantonalen Migrationsamt leitet. Gerade weil es nicht Kernthema der Partei sei, könne sie sich stark einbringen und mitgestalten. Ein Thema, das Chur künftig beschäftigen wird, sagt sie, «gerade im Bildungsdepartement».

Mehr Begegnung, weniger Regeln

Wir seien nahe an einer idealen Gesellschaft, sagt sie. Für das lokale Gewerbe und KMU müssten aber administrative Hürden abgebaut werden – «nicht nur für die Grossen». So könne die Altstadt belebt werden. Sie möchte sich für mehr Transparenz einsetzen, etwa in der Parteienfinanzierung. Zudem fehle es in und um Chur an Begegnungszonen – auch das See-Projekt hat es ihr angetan, «Hammer!» Zusammen mit guten Arbeitsplätzen wäre das das richtige Rezept, um die Stadt für Zuzüger und Familien attraktiver zu machen, ist sie überzeugt. Neue Ideen, eine frische Perspektive will sie einbringen. Und zum Schluss: «Man muss mich aber nicht wählen, nur weil ich eine Frau bin», sagt die einzige Stadtrat-Kandidatin.

Alles zu den Stadtratswahlen:
suedostschweiz.ch/churerwahlen16

CVP Surselva bedauert «144»-Wegzug

Die CVP Surselva ist über die Verlagerung der Arbeitsplätze der Sanitätsnotrufzentrale 144 von Ilanz nach Chur enttäuscht. Lippenbekenntnisse im Grossen Rat, die wirtschaftlich schwachen Regionen stärken zu wollen, würden nichts nützen, wenn bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Gegenteil entschieden werde, schreibt die CVP in einer Mitteilung. Die Regierung des Kantons Graubünden hat am Mittwoch mitgeteilt, die am Regionalspital Surselva in Ilanz angegliederte Notrufzentrale 144 mittelfristig nach Chur zu verlagern und in die polizeiliche Einsatzleitzentrale 117 zu integrieren. (so)

Scuol bezahlt an Freibad

Die Besitzerin des Hotels «Schweizerhof» in Vulpera möchte das Freibad Vulpera auch nach der Schliessung des Hotelbetriebs im April beibehalten. Gemäss einer Mitteilung des Gemeindevorstands beteiligte sich die ehemalige Gemeinde Tarasp mit 14 000 Franken sowie mit 5000 Kubikmeter Wasser am Betrieb. Im Gegenzug durften die Einwohner von Tarasp das Freibad gratis benutzen. Der Gemeindevorstand der Fusionsgemeinde Scuol hat nun entschieden, dem Bad dieses Jahr 17 000 Franken beizusteuern, darin sind auch 5000 Kubikmeter Wasser enthalten. Als Gegenleistung erhalten die Einwohner von Scuol eine Ermässigung von 20 Prozent auf den Eintritt. (fh)

Treffen der nationalen Pärke in Bern

Heute Freitag findet auf dem Bundesplatz in Bern der 2. Nationale Pärke-Markt statt. Zu diesem Anlass präsentieren die Schweizer Pärke sich und ihre regionaltypischen Spezialitäten. Am Pärke-Markt treffen die Besucher von 10 bis 19 Uhr an 19 Ständen Produzenten sowie Parkmitarbeitende. Zudem haben sie die Gelegenheit, Produkte gleich vor Ort zu degustieren und sich über die Angebote und Besonderheiten des jeweiligen Parks beraten zu lassen. Für Graubünden sind der Naturpark Beverin, der Parc Ela und die Biosfera Val Müstair sowie der Schweizerische Nationalpark und der Parc Adula vor Ort. Mehr Informationen gibt es auf www.paerke.ch. (fh)

Für minderjährige Flüchtlinge gerüstet

Im Schnellverfahren erlässt die Bündner Regierung eine gesetzliche Grundlage für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Die Bündner Regierung hat die Botschaft zur Teilrevision des Gesetzes über die Unterstützung Bedürftiger zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Mit der Teilrevision soll eine gesetzliche Grundlage für den Aufbau und die Führung von neuen Strukturen im Asylwesen geschaffen werden, wie die Regierung in einer Mitteilung schreibt. Mit diesen neuen Strukturen soll die Unterbringung und Begleitung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) gewährleistet werden.

Die Kosten dieser Massnahme gehen zulasten der Gemeinden, wobei

diese Kosten solidarisch unter allen Bündner Gemeinden aufgeteilt werden. Die jeweiligen Aufenthaltsgemeinden werden durch dieses Vorgehen finanziell entlastet.

Verzicht auf Vernehmlassung

Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen im Asylbereich (UMA) stieg Regierungsangaben zufolge in den Jahren 2014 und 2015 überproportional an. Die UMA seien gemäss Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen einem besonderen Schutz unterstellt und hätten Anspruch auf Betreuung, Begleitung und Integration.

In dieser Phase des Verfahrens liege die Zuständigkeit beim Kanton, auch hinsichtlich der Finanzierung.

Wie es in der Mitteilung weiter heisst, haben unbegleitete Minderjährige, welche als Flüchtlinge anerkannt werden, das Recht, dauerhaft in der Schweiz zu bleiben. Die Zuständigkeit geht laut Mitteilung dann zu den Gemeinden über, in denen sie Wohnsitz haben.

Um den spezifischen Bedürfnissen der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge im Hinblick auf eine selbstständige und wirtschaftlich unabhängige Lebensgestaltung gerecht

zu werden, brauche es adäquate Angebote und Massnahmen.

Angesichts der hohen Dringlichkeit, für die UMF adäquate Unterbringungs- und Betreuungsformen zu realisieren und die anfallenden Kosten auf alle Gemeinden zu verteilen, habe die Regierung entschieden, auf eine externe Vernehmlassung zu verzichten, heisst es. Nur so könne gewährleistet werden, dass die gesetzliche Regelung auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt werden könne.

Die Behandlung der Botschaft durch den Grossen Rat ist für die Auditsession vorgesehen. (so)

INSERAT



Sehen neu erleben
Perfekter Sehkomfort mit den neuen Variluxgläsern.

JÄGGI
Optik & Hörberatung

Bahnhofstrasse 42 Chur
081 257 13 23 jaeggi-optik.ch